

A4: Unterstützung Referendum gegen das neue Terrorismus-Gesetz

Antrag z.H. der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2020 in Biel/Bienne.

Antragstellende: Geschäftsleitung (Nicola Siegrist, Ronja Jansen, Barbara Keller, Pauline Schneider, Muriel Günther, Mathilde Mottet, Simon Constantin, Sandro Covo, Mia Jenni)

Eine Allianz aus JGLP, Jungen Grünen und Organisationen im digitalen Bereich hat das Referendum gegen das neue Terrorismus-Gesetz ergriffen. Bei der Lancierung war die JUSO ebenfalls dabei. Die Geschäftsleitung beantragt, dass die JUSO Schweiz das Referendum ideell unterstützt und eine Quote von 5000 Unterschriften übernimmt.

Begründung: Das neue Terrorismusgesetz (auch Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus) beinhaltet verschiedenste Elemente, welche fundamentale Grundprinzipien des Rechtsstaates und die europäische Menschenrechtskonvention angreifen (pmt-nein.ch). Sogar die UNO hat sich im Gesetzesprozess eingeschaltet und vor einer Annahme gewarnt. Inhaltlich können wir als JUSO dieses Gesetz, welches von den Rechtsbürgerlichen durchgedrückt wurde, nicht akzeptieren und sollten es nach Möglichkeit bekämpfen.

Ein Grundrechts-Referendum ist grundsätzlich schwierig. Die Pandemiemassnahmen erschweren dies zusätzlich. Deshalb empfiehlt die Geschäftsleitung, das Referendum trotz laufenden Projekten in den Sektionen direkt mit einer angemessenen Anzahl gesammelten Unterschriften zu unterstützen. Die Frist läuft bis am 14. Januar.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen